



Seit über zweieinhalb Jahren dient das Patrick Henry Village westlich des Stadtteils Kirchheim als zeitweilige Unterkunft für Flüchtlinge – seit September 2015 als zentrales Ankunftscenter. Laut Landesrechnungshof soll es das langfristig bleiben. Foto: Philipp Rothe

## HINTERGRUND

> **Patrick Henry Village** ist eine 97,2 Hektar große ehemalige US-Siedlung zwischen Heidelberg, Schwetzingen und Eppelheim. Sie wurde in den 1950er Jahren für Militärangehörige gebaut. Im September 2013 wurde sie nach dem Abzug der Amerikaner aus Heidelberg geschlossen. Seit Ende 2014 werden Teile des Geländes für Flüchtlinge genutzt – zunächst als Bedarfsorientierte Erstaufnahmestelle, inzwischen als zentrale Registrierungsstelle des Landes Baden-Württemberg. Ursprünglich sollten dort maximal 1000 Flüchtlinge untergebracht werden, doch diese Zahl musste immer wieder nach oben revidiert werden. Zur Hochzeit im Sommer 2015 waren bis zu 5000 Menschen in den ehemaligen Mannschaftsgebäuden untergebracht. In jüngster Zeit sind es bei schwankenden Zahlen viel weniger. Die Internationale Bauausstellung hat große Pläne für PHV entwickelt. Seit November 2016 verspricht die Landesregierung, das Areal so schnell wie möglich freizugeben und das Registrierungscenter nach Mannheim zu verlegen. **hob**

# Rechnungshof sorgt für Irritationen

Finanzaufseher empfehlen: Patrick Henry Village soll Ankunftscenter bleiben – Stadt: „Wir brauchen die Fläche“ – Steht Land zu Vereinbarung?

Von Sören S. Sgries u. Sebastian Riemer

Ein Musterprojekt im Musterlände – so wurde das Flüchtlings-Registrierzentrum in Patrick Henry Village (PHV) im Dezember 2015 gefeiert. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Frank-Jürgen Weise, damals noch Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), lobten die Einrichtung in den höchsten Tönen. Nur zwei der Gäste machten etwas betretene Mienen: Oberbürgermeister Eckart Würzner und Sozialdezernent Joachim Gerner. „Grundsätzlich ist mit dem Land vereinbart: Das ist eine Interimsfläche“, beharrte Würzner – und das muss er nun wieder tun.

Der Fluch der guten Tat (und der guten Organisation) droht der Stadtverwaltung zum Verhängnis zu werden. Denn der Landesrechnungshof stellt in seiner aktuellen Prüfschrift fest: Für die Flüchtlingsaufnahme seien ehemalige Kasernen bestens geeignet. Es sei „wirtschaftlicher und effektiver“, in bestehende Einrichtungen zu investieren und deren Betrieb langfristig zu sichern. Ins PHV wurden insgesamt 8,6 Millionen Euro an Baukosten gesteckt – jeder der 4000 Aufnahmeplätze hat demnach 2150 Euro gekostet. Nur Wertheim war

günstiger (1700 Euro pro Kopf). Bei Neubauten werden Zehntausende Euro pro Kopf angesetzt. Das Land solle daher dafür Sorge tragen, die bestehenden Einrichtungen in Kasernen langfristig fortführen zu können. „Dies gilt insbesondere für das Ankunftscenter in Patrick Henry Village“, so die Finanzaufseher.

In der Stadt löst das wenig Begeisterung aus. „Wir sind irritiert von der Aussage des Präsidenten des Rechnungshofs“, sagte Stadtsprecher Timm Herre gestern auf Anfrage. Man könne diese Frage nicht allein aus der Finanzperspektive betrachten. Die Stadt habe immer klar kommuniziert: „Wir brauchen PHV als letzte große Entwicklungsfläche in Heidelberg.“ Das sei dem Land voll bewusst. Eine langfristige Fortführung des Ankunftscenters würde allen bisherigen Vereinbarungen widersprechen. Man gehe „weiter fest davon aus, dass das Land mit Nachdruck an der Erarbeitung der alternativen Lösung“ für das Ankunftscenter arbeite.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Albrecht Schütte stellte heraus: „Potenziale, wie sie sich in PHV mit Planung und Realisierung der Stadt der Zukunft bieten, sind

in Geld nur schwer zu bemessen.“ Es gebe „einen eindeutigen Vertrag“ zwischen Stadt und Land – und es dürfe Heidelberg nicht zum Nachteil gereichen, dass die Stadt bereit war, in einer schwierigen Zeit schnelle Unterstützung zu ermöglichen. Die Grünen-Abgeordnete Theresia Bauer ließ ihr Büro erklären, dass sie aus terminlichen Gründen kein Statement abgeben könne.

Erschüttert reagierte Carl Zillich, Kuratorischer Leiter der Internationalen Bauausstellung (IBA), die für PHV eine Entwicklungsvision erarbeitet: „Das Land hat feste Zusagen gemacht. Diese Erkenntnis kommt reichlich spät.“ Der Bund habe bereits Interesse bekundet, die Planungen für PHV als digitalem Stadtteil der

Zukunft zum Pilotprojekt zu machen. „Diese Nachricht ist nun ein Schlag ins Kontor“, so Zillich. Ähnlich sieht das der CDU-Fraktionschef im Gemeinderat, Jan Gradel: „Man kann nicht die Entwicklung eines ganzen Stadtteils blockieren, nur weil das Land nicht an anderer Stelle Geld ausgeben will.“ SPD und Grüne reagieren gelassener. „Ich habe nichts dagegen, wenn das gut funktionierende Ankunftscenter erst einmal bleibt“, sagt Grünen-Frak-

tionschefin Beate Deckwart-Boller. „Wir können die Zukunft der Fläche ja dennoch weiter planen.“ Und SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Schuster meint: „Solange wir die Planungshoheit haben, ist das kein Problem: Wir können als Stadt ohnehin nicht so viele Flächen gleichzeitig entwickeln.“

Offiziell stärkt die Landesregierung Heidelberg den Rücken. „Wir sind weiter auf der Suche nach einer Alternative“, betont ein Sprecher von Innenminister Thomas Strobl (CDU). In der Stellungnahme gegenüber dem Landesrechnungshof betont das Ministerium, man unterstütze zwar grundsätzlich die Empfehlung, Kasernenareale zu nutzen, weise aber darauf hin, „dass eine landesseitige Nutzung dieser Liegenschaften stark mit den kommunalpolitischen Interessen an einer städtebaulichen Entwicklung dieser Konversionsflächen konkurriere“.

Tatsächlich rührt sich auch in Mannheim, wo ein neues Registrierzentrum errichtet werden könnte, Widerstand. Unter anderem die CDU-Fraktion will im dortigen Gemeinderat ein klares „Nein“ zu einem Standort durchsetzen. Zumal der Abzug der US-Armee aus den „Coleman Barracks“, die als PHV-Alternative offenbar präferiert wird, noch keineswegs fix ist.

IBA: „Ein Schlag ins Kontor“